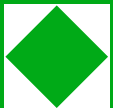


Steffen Kommer

Menschenrechte wider den Hunger

Das Recht auf Nahrung zwischen Wissenschaft, Politik
und globalen Märkten



Nomos

Forum Umwelt-, Agrar- und Klimaschutzrecht

**Herausgegeben von
Prof. Dr. Ines Härtel**

Band 7

Dr. Steffen Kommer

Menschenrechte wider den Hunger

Das Recht auf Nahrung zwischen Wissenschaft, Politik
und globalen Märkten



Nomos

Diese Veröffentlichung wurde durch das European Research Council finanziert (ERC 2014-CoG, No. 647313-*Tansnational Force of Law*, Andreas Fischer-Lescano).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2015

ISBN 978-3-8487-3007-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-7394-5 (ePDF)

1. Auflage 2016

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Als ich in Hamburg ein Containerschiff in Richtung Brasilien bestieg, um nach meinem Abitur ein soziales Jahr zu genießen, hatte ich nur eine grobe Vorahnung von dem, was mich dort erwarten würde. Die Erfahrung, die ich als freiwilliger Helfer der Sozialorganisation Monte Azul, die in drei „Favelas“ (Armutsvierteln) in São Paulo wirkt, machen konnte, prägt mich bis heute. Viele Bewohnerinnen und Bewohner der Slums stammen ursprünglich aus ländlichen Gebieten, vor allem aus dem Nordosten. Sie haben sich einst auf den Weg in die Metropole gemacht, um Hunger und Elend zu entfliehen. Die Begegnung mit ihnen erklärt mein persönliches Interesse für das größte Land Südamerikas, das auch in der vorliegenden Schrift zum Ausdruck kommt.

Mein wissenschaftlicher Ehrgeiz, eine eigene Forschungsarbeit zu verfassen, wurde durch den steten Besuch des rechtstheoretischen Seminars von Dieter Simon an der Humboldt Universität zu Berlin geweckt. Dort wurde jeden Mittwoch im Semester die Rechtswissenschaft „entzaubert“ und bis spät in den Abend über Gerechtigkeit, Dezisionismus und blinde Flecken diskutiert.

Nach meinem ersten juristischen Staatsexamen war es mir vergönnt, Andreas Fischer-Lescano auf einem Kongress über kritische Rechtstheorie zu treffen. Wenige Monate später wurde ich sein wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand. Er hat mich stets gefördert, durch sein transnationales Denken inspiriert und mich nicht zuletzt für soziale Menschenrechte begeistert.

Mein Dank gilt zugleich allen anderen Persönlichkeiten (wie meiner Mutter), die mich während meiner Promotionsphase unterstützt haben. Dazu zählt auch Gerd Winter, der als nachdenklicher Zweitgutachter fungierte. Zudem stellte er den Kontakt zur Bundesstaatsanwaltschaft (*Ministério Público Federal*) in São Paulo her, wo ich Ende 2010 meine Wahlstation absolvieren konnte. Alle meine Kolleginnen und Kollegen am Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen waren und sind spitze. Besonderer Dank gebührt der „Bremer-Gruppe“, einem inoffiziellen Zusammenschluss verschiedener Doktorandinnen und Doktoranden, dem u.a. Heiner Fechner, Sebastian Eickenjäger, Alex Valle, Mônica de Castro Weitzel und Cristiano Soares Barroso Maia angehörten. Ein

weiterer wichtiger Gesprächspartner war Josef Falke. Monika Hobbie hat mir durch ihre Korrekturarbeiten geholfen. Meine Frau Gusel ist mit mir nach Bremen gezogen und hat die Hoffnung nie aufgegeben, dass diese Arbeit eines Tages veröffentlicht wird.

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	27
§ 1 Die Geltung des Rechts auf Nahrung	33
§ 2 Die Ausschussdogmatik	53
§ 3 Zwischen Nahrungssicherheit und Ernährungssouveränität	80
§ 4 Justiziabilität	133
§ 5 Drei Zugangsrechte	176
§ 6 Völkergewohnheitsrechtliche Geltung	218
§ 7 Globale Hungerkrise	233
§ 8 Transnationale Schutzdimension	262
§ 9 Agrardumping	286
§ 10 Biokraftstoffe	321
Zusammenfassende Thesen	348
Literaturverzeichnis	355

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	27
Zur Methode	28
Die zehn Kapitel	29
§ 1 Die Geltung des Rechts auf Nahrung	33
A. Gültigkeit	33
I. Grundrechte	34
II. Universelle Menschenrechtsverträge	35
1. UN-Sozialpakt	35
2. Frauenrechtskonvention	35
3. Kinderrechtsabkommen	36
4. Rechte von Menschen mit Behinderungen	36
III. Regionale Menschenrechtspakte	37
1. Afrika	37
2. Amerika	38
3. Arabischer Raum	38
4. Europa	39
IV. Konfliktvölkerrecht	39
B. Begründung	40
I. Versorgungsrecht	41
1. Funktionale Ansätze	41
2. Würdiges Leben	42
II. Ermächtigungsrecht	42
1. Selbsternährung	43
2. Marginalisierte Gruppen	43
III. Kommunikative Begründung	44
1. Aktivierung und Politisierung	45
2. Gesellschaftlicher Menschenrechtsdiskurs	45

C. Durchsetzbarkeit	46
I. Gerichtsverfahren	46
1. Internationale und regionale Ebene	46
2. Nationale Ebene	47
3. Unmittelbare Anwendbarkeit	48
II. Quasi-judizielle Verfahren	49
1. Berichtsverfahren	49
2. Individualbeschwerdeverfahren	50
D. Einordnung	51
§ 2 Die Ausschussdogmatik	53
A. Die Stellung des UN-Sozialausschusses	53
I. Zusammensetzung	54
II. Aufgabenbereiche	54
1. Staatenberichtsverfahren	54
2. Individualbeschwerde	56
3. Allgemeine Bemerkungen	57
B. Grundelemente	58
I. Das Konzept der Nahrungssicherheit	59
II. Parallelen	60
1. Verfügbarkeit	60
2. Zugang	61
a. Individuelle Dimension	61
b. Zugänglichkeit	62
3. Stabilität/Nachhaltigkeit	63
4. Nutzung	64
5. Angemessenheit	64
C. Staatenpflichten	66
I. Allgemeine Bemerkung Nr. 3	66
1. Das Diskriminierungsverbot	66
2. Geeignete Schritte	67
3. Formalpflichten	68
a. Strategien und Programme	68
b. Gesetze	68
c. Rechtsschutz	69
4. Progressivpflichten und Rückschrittverbot	69

5. Kernpflichten	70
a. Kerngehalt	71
b. Wesentliche Pflichten	71
c. Subsistenzrechte	72
d. Rechtfertigung	72
II. Die Pflichtentrias	73
1. Schutzdimension	74
a. Achtungspflicht	74
b. Schutzpflicht	75
2. Verwirklichungsdimension: Erfüllungspflicht	76
a. Erleichterungspflicht	76
b. Bereitstellungspflicht	77
c. Förderpflicht	77
d. Beteiligungspflichten	77
D. Einordnung	78
§ 3 Zwischen Nahrungssicherheit und Ernährungssouveränität	80
A. Die Welternährungsorganisation (FAO)	80
I. Globalziele gegen den Hunger	81
II. Politische Koordinierung: das Welternährungskomitee	82
1. Das Strategische Rahmenwerk: der zweigleisige Ansatz	84
2. Unmittelbar wirkende Maßnahmen	84
a. Produktion	85
b. Arbeit	85
c. Handel	86
d. Transfer	86
3. Mittel- und langfristige Instrumente	87
III. Wissenschaftliche Beratung	87
B. Ernährungssouveränität	88
I. Alternatives Paradigma für eine andere Landwirtschaftspolitik	88
1. Sechs Säulen	89
2. Fokus auf kleinbäuerliche Landwirtschaft	90
3. Öffentliche Marktsteuerung	92
II. Materialisierung der Menschenrechte	93
1. Die Erklärung bäuerlicher Rechte	94
2. Recht auf Land	96

3. Lokale Nahrungssysteme und wirtschaftliche Monopole	96
C. Der menschenrechtsbasierte Ansatz	97
I. Prozeduralisierung	97
II. Die FAO-Leitlinien (2004)	98
1. Aufklärung	100
2. Bestandsaufnahme	100
3. Nationale Strategie	101
4. Durchführung	101
5. Überwachung und Auswertung	101
6. Rahmengesetz	102
7. Rechtsschutzverfahren	102
III. Das Indikatorenmodell	103
1. Das IBSA-Verfahren	103
2. „Food security“-Indikatoren	104
3. Kernpflicht	105
a. Der FAO-Hungerindex	106
b. Niedrige Bedarfswerte	106
c. Mangelernährung	107
d. Nutzung	108
4. Zugang	109
a. Lebensmittelpreise	109
b. Ausgabenanteile	110
c. Voices of the Hungry	110
5. Stabilität/Nachhaltigkeit	111
6. Ergänzende Indikatoren	111
a. Selbstversorgung	112
b. Überernährung	112
c. Soziale und ökologische Akzeptabilität	113
D. Brasilien als Beispiel	113
I. Strategie „Fome Zero“ und das Rahmengesetz	114
1. Zielbestimmungen	114
2. Institutionalisierung	115
II. Nationaler Plan	116
1. Leitlinien und Aufgabenbereiche	116
2. Indikatoren	117
a. Nahrungssicherheit auf Haushaltsebene	117
b. Einkommen	118

III. Regierungsprogramme	119
1. Nahrungszugang	119
2. Kleinbäuerliche Landwirtschaft	122
3. Indigene Völker und sonstige Minderheiten	124
4. Ökologische Landwirtschaft	124
IV. Einschätzung	125
1. Judizialisierung	125
2. Angemessenheit der Armutsbekämpfung	126
3. Ernährungssouveränität	127
a. Agrarreform	128
b. Auswirkungen der groß-industriellen Landwirtschaft	129
E. Einordnung	130
§ 4 Justiziabilität	133
A. Ressourcenvorbehalt	134
I. Kostenintensität	134
1. Gesamtperspektive	134
2. Einzelne Pflichten: Belastung des Staatshaushalts	135
3. Zusatzkosten	136
II. Formalpflichten	136
1. Strategien und Gesetze	137
2. Rechtsschutz	137
III. Diskriminierungsverbot	138
1. Formelle Gleichbehandlung	138
2. Materielle Gleichstellung	139
IV. Die Pflichtentrias	139
1. Die Achtungspflicht	139
2. Die Schutzpflicht	140
3. Die Erfüllungspflicht	140
B. Wegevielfalt	141
I. Justizverständnis	141
1. Monologische vs. dialogische Rechtsprechung	142
2. Das Leitbild der aktivierenden Justiz	142
II. Angemessenheitstest	144
1. Die Rechtsprechung des südafrikanischen Verfassungsgerichts	144

2. Ausschusskriterien	145
3. Marginalisierte und unterprivilegierte Gruppen	146
4. Diskriminierungsverbot	147
III. Materielle Pflichten	148
1. Ressourcenintensive Pflichten	149
a. Kernpflichten	149
b. Rückschrittverbot	149
c. Beweislastumkehr	150
2. Schutzdimension	151
C. Berechtigungsdimension	152
I. Individualistisches Paradigma	153
1. Struktureller Rechtsschutz	153
a. Pilot-Fälle vor dem EGMR	154
b. Recht auf Programme	155
2. Pflichtentrias und subjektive Rechte	156
II. Leistungsgehalt	157
1. Argumente gegen individuelle Leistungsrechte	157
a. Sachkomplexität	157
b. Ressourcenintensität	158
c. Einseitigkeit	158
2. Positionierung	158
a. Abstrakte Leistungsrechte	158
b. Recht auf einstweiligen Rechtsschutz	160
III. Kollektivklagen	161
1. Indien: dauerhafter Eilrechtsschutz für alle Hungernden	161
a. Recht auf Nahrungssicherheitsprogramme	162
b. Ressourcenvorbehalt	163
c. Public Interest Litigation	164
2. Brasilien	167
a. Zivilklagen im öffentlichen Interesse	168
b. Individualistisches Menschenrechtsverständnis	168
c. Der Präzedenzfall: die Kinder der Orla Lagunar	170
d. Gründe für die mangelnde Umsetzung	172

D. Einordnung	173
§ 5 Drei Zugangsrechte	176
A. Das Recht auf soziale Sicherheit und Unterstützung	178
I. Fürsorgerecht	179
1. Erschwinglichkeit	180
2. Gestaltungsspielraum	181
II. Rechtsprechung	181
1. Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof	181
2. Argentinien und Kolumbien	182
3. Berichtsverfahren vor dem UN-Sozialausschuss	183
III. Bundesverfassungsgericht: sozioökonomisches Existenzminimum	184
1. Materielle Evidenzkontrolle	184
2. Verfahrenskontrolle	186
3. Einordnung	187
IV. Häftlinge	188
B. Das Recht auf Selbstversorgung	189
I. Recht auf Land	189
1. Leitlinien zu Nutzungsrechten (2012)	190
2. Rechte indigener Völker	192
a. Eigentumsfreiheit	193
b. Rechtfertigung von Eingriffen	193
c. Fischfangrechte als Minderheitsrechte	194
d. Recht auf Demarkierung	195
II. Die Schutzdimension	195
1. Gewaltsame Vertreibungen	196
a. Ugandisches Pionierurteil	196
b. Rechtfertigung von Zwangsräumungen	197
c. Berichtsverfahren vor dem UN-Sozialausschuss	198
2. Umweltschäden	199
a. SERAC vs. Nigeria	199
b. Individualbeschwerden vor dem UN-Zivilausschuss	200
c. Das Gutachten des IGH zum Mauerbau	201
d. Das Chevron-Verfahren in Ecuador	201
e. Berichtsverfahren vor dem UN-Sozialausschuss	202
III. Recht auf Agrarreform	202
1. Agrarverfassungen	202

2. Recht auf Programme für Landlose bei hoher Landkonzentration	203
3. Rechtsprechung	205
4. Auslegungspraxis des UN-Sozialausschusses	207
C. Recht auf ein ausreichendes Auskommen	207
I. Recht auf ein menschenwürdiges Entgelt	208
1. Recht auf Mindestlohn	209
a. ILO-Übereinkommen Nr. 131	210
b. Berichtsverfahren vor dem UN-Sozialausschuss	210
2. Europäischer Sozialausschuss	211
3. Positionierung	212
II. Recht auf ein ausreichendes Auskommen für Bäuerinnen und Bauern	213
1. Recht auf faire Agrarpreise	214
2. Förderpflicht gegenüber kleinbäuerlichen Betrieben	215
D. Einordnung	216
§ 6 Völkergewohnheitsrechtliche Geltung	218
A. Nachweis	218
I. Staatenpraxis	219
II. Rechtsüberzeugung	220
1. Kodifizierungen	220
2. Allgemeine Menschenrechtserklärung und UN-Resolutionen	221
3. Ausnahme für Nicht-Vertragsstaaten des UN-Sozialpakts?	222
B. Inhaltliche Reichweite	223
I. Recht, frei von Hunger zu leben	224
1. Relativer Status	224
2. Gefangene	225
II. Recht auf angemessene Ernährung	225
1. Formalpflichten	226
2. Spezifische Unterstützungs- und Förderprogramme	226
a. Kinder	227
b. Schwangere und stillende Mütter	227
3. Schutzdimension	228
a. Recht auf Selbstversorgung	228

b. Indigene Rechte	229
C. Zwingende Regel des Völkerrechts	229
I. Rechtspraxis	230
II. Das Recht auf ein Leben ohne Hunger	230
D. Einordnung	231
§ 7 Globale Hungerkrise	233
A. Die Bedeutung internationaler Agrarpreise	234
I. Nahrungspreisdilemma	234
1. Globale Armut und Netto-Käufer von Nahrung	235
2. Preisübertragung	236
3. Preisschwankungen	236
4. Abnahme- und Endverkaufspreise	237
II. Einkommenskrise	237
1. Marktkonzentration	237
2. Fairer Handel	238
B. Der Weltagrarmarkt	239
I. Das WTO-Agrarabkommen	241
1. Marktzugang	242
2. Interne Stützungen	242
3. Exportsubventionen	243
II. Unterstützung von Netto-Nahrungsimporteuren und LDCs	244
1. Die Konvention über Nahrungszusammenarbeit	245
2. Entwicklungszusammenarbeit	245
3. Zollpräferenzen	246
III. Ausreichender Handlungsspielraum für nahrungsunsichere Länder?	247
1. Nahrungsautonomie	248
2. Ausnahmenvorschriften im AoA	250
a. Zölle	250
b. Unterstützung von Kleinproduzierenden	250
c. Nahrungsreserven	251
C. Umweltkrise	252
I. Großflächige Landinvestitionen	252
1. Mangelnde Transparenz	253
2. Menschenrechtliche Mindestanforderungen	254

II. Das ökologische Minimum	255
1. Das Landminimum	255
a. Demografie	256
b. Produktivität und externe Effekte	256
c. Extensivierung	257
2. Gefahren	259
a. Nutzungskonkurrenzen	259
b. Überkonsum	259
D. Einordnung	260
§ 8 Transnationale Schutzdimension	262
A. Begründung	263
I. Bindung von Staaten	264
1. Effektive Kontrolle	264
2. Einflussmöglichkeiten und Vorhersehbarkeit	264
3. Grenzüberschreitende Achtungspflicht	265
II. Internationale Organisationen und Einrichtungen	267
1. Mittelbare Bindung	267
2. Unmittelbare Bindung	267
3. Europäische Union	268
a. Die Grundrechte-Charta	268
b. Recht auf Selbstversorgung	269
c. Recht auf ein ausreichendes Auskommen von Kleinproduzierenden	270
III. Transnationale Unternehmen	271
1. Unmittelbare Bindung	271
2. Mittelbare Bindung	273
B. Verletzungsmaßstäbe	274
I. Direkte Beeinträchtigung	274
II. Indirekte Beeinträchtigung	275
1. Behinderung eines Drittstaates	275
2. Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen	275
III. Keine erhebliche Verschlechterung der Nahrungssicherheit in anderen Ländern	276
1. Ambivalenz	277
2. Fokus auf marginalisierte und unterprivilegierte Gruppen	277

3. Beweisbarkeit	278
4. Analyse von Menschenrechtsauswirkungen	278
C. Durchsetzbarkeit	280
I. Transnationale Unternehmen	280
II. Verfahren gegen Staaten	281
1. Das Berichtsverfahren vor dem CESCR	281
2. Das Individualbeschwerdeverfahren vor dem CESCR	283
III. Europäischer Gerichtshof	284
D. Einordnung	285
§ 9 Agrardumping	286
A. Exportsubventionen	287
I. Schädigungsnachweis	287
1. Feldstudien	288
2. Kausalität	289
3. Modellrechnungen	290
4. Vorhersehbares Risiko	290
II. Rechtfertigung	291
B. Die EU-Zuckerförderung	291
I. Pflicht zur Liberalisierung?	292
1. Das WTO-Verfahren „EU Sugar Subsidies“	292
2. Die reformierte Marktordnung (2006)	294
II. Privilegierung von LDCs?	295
III. Positionierung: Pflicht zur effektiven Exportbeschränkung	296
1. Das kommende Ende der Zuckerquote	297
2. Direktzahlungen zur Umgehung von Exportbeschränkungen?	297
3. Fehlende Menschenrechtsfolgeprüfung	298
C. Das WTO-Streitbeilegungsverfahren	299
I. Menschenrechtskonforme Auslegung	300
II. Rechtfertigung von Importbeschränkungen	301
1. Das Antidumping-Übereinkommen	301
a. Dumping	301
b. Erhebliche Schädigung eines inländischen Wirtschaftszweiges	302
c. Kleinproduzierende	303
d. Berücksichtigung positiver Effekte	304

e. Kausalität und zusätzlicher Schaden	305
f. Einschätzung	305
2. Schutzmaßnahmen gegen Importfluten	306
a. Das Übereinkommen über Schutzmaßnahmen	306
b. Besondere Schutzklausel	307
III. Anfechtung von Agrarbeihilfen aufgrund des Antisubventions-Übereinkommens	308
1. Verbotene Subventionen	308
2. Anfechtbare Subventionen	308
a. Ernsthafte Schädigung der Interessen eines anderen Mitglieds	309
b. Kausalität	309
3. Einschätzung	310
D. Marktkonzentration am Beispiel „bitterer Bananen“	310
I. Die Verantwortung deutscher Supermarktketten	311
1. Strukturelle Verletzung von Menschenrechten	311
2. Sorgfaltspflichtenverletzung?	312
II. Die Bedeutung des Wettbewerbsrechts	314
1. Missbrauchskontrolle	314
2. Unverfälschte und faire Preise	316
a. Dumping ist nicht verboten	316
b. Absprachen über „faire Preise“	317
E. Einordnung	318
§ 10 Biokraftstoffe	321
A. Die EU-Förderpolitik	323
I. Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie	323
1. Biokraftstoffgenerationen	324
2. Bioenergie	325
II. Landbedarf	326
1. Importe	327
2. Indirekte Landnutzungsänderungen	327
B. Menschenrechtsverletzungen auf lokaler Ebene	328
I. Gefährdungslagen	328
1. Landnutzungsrechte	329
2. Ökologische Folgeschäden	330

II. Zurechenbarkeit	330
1. Aktive Beihilfehandlung	330
2. Sitz des Unternehmens	331
III. Einschätzung	331
1. Einzelfälle	332
2. Verpflichtung zu Vorsorgemaßnahmen	332
a. Soziale Nachhaltigkeitsstandards	333
b. Klagemöglichkeiten gegen transnationale Unternehmen	334
C. Gefährdung der Nahrungssicherheit in Drittstaaten?	335
I. Nahrungsunsichere Länder	335
1. EU-Importe	336
2. Importerwartungen	336
II. Nahrungspreise	337
1. Recht auf erschwingliche Preise	337
2. Der Anteil der EU	338
3. Rechtfertigung	339
III. Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung	340
1. Sekundärrechtliche Berichtspflichten	341
2. Folgenabschätzungen der Kommission	341
a. Nahrungspreise	342
b. Landverfügbarkeit	342
c. Landnutzungsrechte	344
d. Arbeitsbedingungen und ILO-Kernkonventionen	345
D. Einordnung	345
Zusammenfassende Thesen	348
Literaturverzeichnis	355
Rechtsprechung zum Recht auf Nahrung	377

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
ADÜ	Antidumping-Übereinkommen
ACHPR	African Commission on Human and People's Rights
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AKP	Afrika, Karibik und Pazifik
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
AoA	Agreement on Agriculture
Art.	Artikel
AVR	Archiv des Völkerrechts
BayLV	Bayerische Landesverfassung
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CAISAN	Câmara Interministerial de Segurança Alimentar e Nutricional
dass.	dasselbe
CCPR	Human Rights Committee
CEDAW	Committee on the Elimination of Discrimination against Women
CESCR	Committee on Economic Social and Cultural Rights
C.E.T.S.	Council of European Treaty Series
CFS	Committee on World Food Security
CONSEA	Conselho Nacional de Segurança Alimentar e Nutrição
CRC	Committee on the Rights of the Child
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
ECSR	European Committee on Social Rights
ESC	Europäische Sozialcharta

ebd.	ebenda
ed./eds.	editor/editors
EMRK	Europäische Menschenrechtscharta
EMGR	Europäischer Menschenrechtsgerichtshof
et al.	et alia
etc.	et cetera
ETO-Principles	Maastricht Principles on Extraterritorial Obligations of States in the Area of Economic Social Cultural Rights
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
Fn.	Fußnote
FIAN	FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GG	Grundgesetz
GR-Charta	Grundrechte-Charta der Europäische Union
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
ha.	Hektar
HLPE	High Level Panel of Experts on Food Security and Nutrition of the Committee on World Food Security
HRC	Human Rights Council
Hrsg.	Herausgeber
IAGMR	Interamerikanischer Menschenrechtsgerichtshof
IAASTD	International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development
ICRC	International Committee of the Red Cross
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IFPRI	International Food Policy Research Institute
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILO	International Labour Organization
I.L.M.	International Legal Materials
IPbpr	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

IPwskR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
i.V.m.	in Verbindung mit
KOM	Europäische Kommission
LDCs	Least Developed Countries
LIFDC	Low Income and Food Defecit Countries
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	Nongovernmental Organization
NFIDC	Net Food-Importing Developing Countries
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OHCHR	Office of the High Commissioner of Human Rights
PUCL	Verfahren vor dem indischen Supreme Court in der Sache People's Union for Civil Liberties v. Union of India & Others
(R)ESC	(Revidierte) Europäische Sozialcharta
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
SCM	Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
S.E.V.	Sammlung der Europaratsverträge
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SMÜ	Übereinkommen über Schutzmaßnahmen
SOFI	The State of Food Insecurity in the World
UN	United Nations
UNCHR	United Nations Commission on Human Rights
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNGA	United Nations General Assembly
U.N.T.S.	United Nations Treaty Series
U.N.T.C.	United Nations Treaty Collection
Urt.	Urteil
USA	United States of America
v.	von/vom
vgl.	vergleiche

Abkürzungsverzeichnis

VO	Verordnung
Vol.	Volume
vs.	versus
WHO	World Health Organization
wsk-Rechte	wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wildlife Fund
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge